

P R O T O K O L L
der öffentlichen Beiratssitzung

DATUM	BEGINN	ENDE	SITZUNGSORT
12.03.2015	19.21 Uhr	21.45 Uhr	Gemeindesaal der evangelischen Kirchengemeinde Horn

TEILNEHMER

ORTSAMT: I. Köstner, Vorsitzende
J. Jagusch, Protokollführerin

BEIRAT: siehe anliegende Liste

GÄSTE:

TAGESORDNUNG:

1. Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls vom 12. Februar 2015
3. Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung
4. Evaluation des Beirätegesetzes
5. Anträge aus dem Beirat
6. Globalmittelanträge
7. Besetzung von Ausschüssen
8. Mitteilungen des Orsamtes
9. Verschiedenes

Zu TOP 1: Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird einstimmig ohne Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche genehmigt.

Zu TOP 2: Genehmigung des Protokolls vom 12. Februar 2015

Beschluss: Das Protokoll vom 12. Februar 2015 wird einstimmig ohne Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche genehmigt.

Zu TOP 3: Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung

Vertreter der Wilhelm-Focke-Oberschule erläutern vorab die Gründe für das Stellen ihres Globalmittelantrages bezüglich der Anschaffung von Vorhängen für die Aula. Ein neuer Vorhang würde dem Raum eine bessere Atmosphäre bieten und für Theatervorstellungen vorteilhafter sein. Es wird mitgeteilt, dass 23. April 2015 wahrscheinlich über den Globalmittelantrag abgestimmt wird.

Ein Bürger berichtet über die Baumfällung am Vorkampsweg¹.

Der Vorsitzende der Bürgerinitiative „Riensberger Straße“ möchte den aktuellen Sachstand bezüglich der Verkehrszählung wissen. Die Verkehrszählung ist für Mai dieses Jahres anberaumt. Die genauen Standorte wurden noch nicht mitgeteilt.

Zu TOP 4: Evaluation des Beirätegesetzes

Die Vorsitzende erläutert kurz für die Anwesenden die Evaluation des Beirätegesetzes. Über die ausgearbeiteten Punkte wird einzeln abgestimmt bzw. -falls erforderlich- Stellung bezogen.

¹ Der Sachverhalt konnte in der Zwischenzeit durch UBB aufgeklärt werden. Der gefällte Baum stand schräg und das Wurzelwerk wurde bereits hochgedrückt. Eine Standfestigkeit war somit nicht mehr gegeben.

- Punkt 4 (Jugendbeteiligungsprojekte)

Die Beiratssprecherin befürwortet den Gedanken, dass jedes Jahr für Projekte von Jugendlichen ein Budget zur Verfügung gestellt wird. Ein Budget von 10% aus den Globalmitteln des Beirates wäre aus ihrer Sicht angemessen, damit die Jugendlichen eine bessere Planungssicherheit bekommen. Diese Meinung wird nicht von allen Beiratsmitgliedern geteilt. Herr Quaß plädiert für eine individuelle Lösung. Jedes Jahr soll erneut entschieden werden, wie viel Budget in Jugendbeteiligungsprojekte fließen sollen. Frau Dehne betont, dass eine prozentuale Lösung besser planbar sei. Die FDP-Fraktion befürwortet eine feste Summe, über die jedes Jahr neu entschieden wird. Der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen möchte eine flexible Lösung, wenn kein entsprechender Prozentsatz gefunden werden kann. Der „Richtwert“ von 10% aus Globalmitteln soll als Orientierungshilfe dienen.

Beschluss: 1. Der Beirat spricht sich für eine prozentuale Regelung aus. (4 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung) 2. Der Beirat stimmt für den durch den Fachausschuss erarbeiteten Formulierungsvorschlag. (9 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)

- Punkt 7 (Fort- und Weiterbildungsangebote für Beiratsmitglieder)

Herr Koppel plädiert dafür in den erarbeiteten Formulierungsvorschlag aufzunehmen, dass die finanziellen Mitteln von der zuständigen Dienststelle zur Verfügung gestellt werden und nicht aus den Mitteln des Beirates.

Beschluss: Fort- und Weiterbildungsangebote für Beiratsmitglieder werden ausdrücklich begrüßt und sollen von der zuständigen Stelle in regelmäßigen Intervallen angeboten und finanziert werden. (einstimmig)

- Punkt 8 (Parlamentarischer Ausschuss)

Die Beiratssprecherin betont, dass im Ausschuss Bürger- und Beiratsbeteiligung Ideen und Vorschläge vorgestellt und besprochen werden. In der Beirätekonferenz ist der Beirat abstimmungspflichtig. Herr Quaß sieht die „Parallelstruktur“ kritisch. Im Ausschuss Bürgerbeteiligung ist der Beirat nicht beschlussfähig. Die Form eines „Gesamtbeirates“ hat aus seiner Sicht an Bedeutung verloren. Er plädiert für einen gemeinsamen Ausschuss mit Abgeordneten und Beiratsmitgliedern. Herr Mazur sieht Prüfungsbedarf. Ein Gesamtbeirat wird von anderen Beiräten als kritisch angesehen, weil vereinzelt Behörden eine Beiratsbeteiligung übergangen haben. Er ist skeptisch, ob eine andere Lösung gefunden werden kann.

- Punkt 10 (Amtszeit der Ortsamtsleitung)

Frau Dehne plädiert für eine Neuformulierung des Punktes „Der Beirat bittet um Prüfung, ob eine Amtszeitverkürzung auf 8 Jahre möglich ist“. Herr Quaß betont, dass die Amtsperiode von Ortsamtsleitungen immer wieder kritisch diskutiert worden ist. Diese lange Amtsperiode von Amtspersonen sei einmalig in Bremen. Er befürwortet die Verkürzung auf zwei Legislaturperioden und spricht sich gegen einen weiteren Prüfauftrag aus. Jeder Beirat trägt die politische Verantwortung für die Ortsamtsleitung und sollte somit auch die Möglichkeit bekommen, die Amtsleitung zu wählen. Herr Mazur sieht die Verknüpfung der Amtsperiode an die Legislaturperiode als nicht möglich an. Er benötigt eine plausible Begründung, warum die 10-jährige Amtsperiode der Ortsamtsleitung juristisch nur so möglich ist. Der Vertreter der FDP-Fraktion teilt seinen Misstrauen über die Ortsamtsleiterwahl mit. Ein Kompromiss wäre aus seiner Sicht die Dauer von zwei Legislaturperioden. Er befürwortet eine juristisch einwandfreie Formulierung.

- Beschluss:**
1. Der Beirat fordert eine Verkürzung der Amtszeit von Ortsamtleitungen auf acht Jahre. (7 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 3 Enthaltung)
 2. Der Beirat bittet zu prüfen, ob eine Verkürzung der Amtszeit von Ortsamtleitungen auf zwei Legislaturperioden juristisch möglich ist. (4 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 3 Enthaltung)

Die abgestimmten Änderungen werden eingepflegt und über den Beschlussvorschlag wie folgt abgestimmt:

- Beschluss:**
1. Der Beirat befürwortet das Instrument der Planungskonferenz, spricht sich aber gegen eine gesetzlich festgelegte Anzahl an verpflichtenden Konferenzen aus. Die Beiräte sollen autonom in der Ausgestaltung sein.
 2. Der Beirat wünscht sich eine professionelle Unterstützung der Beiräte bei der Umsetzung von mehr Bürgerbeteiligung durch die Ortsämter und die Senatskanzlei in Form von Informationsmaterialien, Schulungen und Hilfe bei der Öffentlichkeitsarbeit.
 3. Der Beirat befürwortet eine Vereinheitlichung der Wahlmodalitäten von Jugendbeiräten bezüglich des Alters der jungen Menschen und bezüglich der Wahlzeiten.
 4. Der Beirat lehnt die Bereitstellung eines festgelegten prozentualen Anteils der jährlichen Globalmittel für Jugendbeteiligungsprojekte ab. Der Beirat reserviert in seiner ersten Sitzung im Jahr per Beschluss eine feste Summe aus Globalmitteln für Jugendbeteiligungsprojekte im Kalenderjahr. Nicht abgerufene Globalmittel für Jugendbeteiligungsprojekte können ab dem 15. November eines Kalenderjahres auch für Projekte jenseits der Jugendbeteiligung genutzt werden.
 5. Hinsichtlich der im Ortsgesetz festgeschriebenen Entscheidungsrechte ist ein eindeutiger rechtlicher Rahmen festzuhalten, der unterschiedliche Interpretationsmöglichkeiten ausschließt.
 6. Die Ortsämter sind gemessen an ihren Aufgaben mit ausreichend Personal auszustatten.
 7. Fort- und Weiterbildungsangebote für Beiratsmitglieder werden ausdrücklich begrüßt und sollen von der zuständigen Stelle in regelmäßigen Intervallen angeboten und finanziert werden.
 8. Der Beirat bittet um Prüfung, wie ein Zusammenschluss von Parlamentariern der Bremischen Bürgerschaft und ehrenamtlichen Beiratsmitglieder in einem gemeinsamen parlamentarischen Ausschuss oder sonstigem Konstrukt wie beispielsweise der ehemalige Gesamtbeirat mit entsprechenden Befugnissen und Entscheidungsrechten aussehen könne.
 9. Wegen kontinuierlich steigender Anforderungen an Beiratsmitglieder und sachkundige Bürger_innen sowie eines deutlich zunehmenden zeitlichen Aufwandes befürworten die Beiratsmitglieder eine Anhebung der Aufwandsentschädigungen.
 10. Der Beirat fordert eine Verkürzung der Amtszeit von Ortsamtleitungen auf acht Jahre.
- (mehrheitlich angenommen bei 7 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen)**

Zu TOP 5: Anträge aus dem Beirat

- Interfraktioneller Antrag zum Thema Juniorwahlen

Die Beiratssprecherin erklärt, dass 400,00 € aus Globalmitteln als finanzielle Unterstützung für die Schule, die an der Juniorwahl teilnehmen, reserviert werden sollen. Herr Mazur möchte ausdrücklich diese politische Vorbildung unterstützen.

Beschluss: 1. Der Beirat Horn-Lehe begrüßt die Initiative des Landes Bremen unter der Schirmherrschaft des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft im Vorfeld der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft sowie der Beiräte in Bremen und der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven am 10. Mai 2015 Juniorwahlen durchzuführen.

2. Der Beirat Horn-Lehe beteiligt sich an der finanziellen Umsetzung der Juniorwahlen mit einem Betrag von € 400,00 aus Globalmitteln, damit die Beteiligung einer großen Anzahl an Schulen sichergestellt wird.

(einstimmig, bei zwei Enthaltungen)

- Interfraktioneller Antrag des Koordinierungsausschusses im Beirat Horn-Lehe zur Verkehrsrichtlinie (Richtlinie zu § 10 Abs. 1 Nr. 3 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter vom 2. Februar 2010) vom 19. Februar 2015

Die Beiratssprecherin erläutert, dass in Absatz 4 der Richtlinie die Rechte der Beiräte eingeschränkt werden. Aus diesem Grund sollte die Richtlinie abgelehnt werden.

Beschluss: Der Beirat Horn-Lehe lehnt den Entwurf der Richtlinie ab. Besonders hinsichtlich der Aussagen über den „Stadtteilbezug“ (Entwurf S. 4) sieht der Beirat seine Rechte als Beirat ausgehebelt.

(einstimmig)

- Initiativantrag zum Thema Jugendbeteiligung

Die Vorsitzende erläutert kurz das Projekt „Horn to be wild“ im Rahmen der Jugendbeteiligung. Der Fraktionssprecher der CDU findet die bisherige Leistung der Jugendliche lobenswert. Der Evaluationsbericht sieht als Richtmaß 10% aus Globalmitteln für Jugendbeteiligungsprojekte vor. Gerade im Hinblick auf das Konzert sieht er die beantragte Summe als „Ausfallbürgschaft“. Aus seiner Sicht ist dies nicht zielführend, da die Jugendlichen einen Lernprozess durchleben sollten. Als Kompromissvorschlag würde seine Fraktion einer Summe von € 5.000,00 zustimmen wollen. Immerhin muss dieser hohe Betrag vor den interessierten Bürger gerechtfertigt werden. Der Fraktionssprecher von Bündnis 90/Die Grünen unterstützt dieses erstmalig von Jugendlichen organisierte Projekt. Aus seiner Sicht können die Jugendlichen in dem geplanten Umfang kein finanzielles Risiko tragen. Er würde einen gemeinsamen Beiratsbeschluss befürworten und den Vorschlag der CDU-Fraktion anheben. Herr Koppel betont, dass er gegen eine Vollfinanzierung des Projektes ist. Die Beiratssprecherin betont, dass der Beirat bei diesem Projekt nicht an den vorgeschlagenen 10% aus Globalmitteln festhalten sollte. Vielmehr gehe es darum, die Jugendliche geeignet zu unterstützen und den Lernprozess zu fördern. Immerhin soll sich diese Veranstaltung im Stadtteil etablieren. Sie plädiert auch für einen gemeinsamen Beiratsbeschluss. Da das Ortsamt im Rahmen des Initiativrechts die Abrechnung übernimmt, werden auch die Rechtmäßigkeit und der wirtschaftliche Umgang mit den Globalmitteln nicht angezweifelt. Die Fraktionssprecherin der SPD schlägt einen Zuwendungsbetrag in Höhe von € 6.000,00 vor. Globalmittel, die doch nicht benötigt werden, fließen an den Beirat zurück und stehen für andere Projekte dem Stadtteil zur Verfügung. Herr Drechsel bietet an, noch einmal über das Konzept der Jugendlichen zu schauen und diese bei der Sponsorensuche zu unterstützen.

Die CDU-Fraktion hält an ihrem Kompromissvorschlag fest. Es wird somit über zwei Summenvorschläge gemeinsam abgestimmt.

Beschluss: 1. Zuwendung in Höhe von bis zu € 6.000,00 für das Konzert in Horn-Lehe im Rahmen der Jugendbeteiligung.
(mehrheitlich angenommen bei 7 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen)

2. Zuwendung in Höhe von bis zu € 5.000 für das Konzert in Horn-Lehe im Rahmen der Jugendbeteiligung.
(mehrheitlich abgelehnt bei 7 NEIN-Stimmen, 4 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen)

- Antrag der SPD-Fraktion zu weiteren Flüchtlingsunterkünften in Horn-Lehe

Herr Steglich betont, dass er den Antrag der SPD-Fraktion nicht zielgerichtet findet, da sich ein Ortsteil nicht aussuchen könne, welche Personengruppen vorrangig aufgenommen werden sollten. Viel wichtiger sei es, dass die Flüchtlinge so schnell wie möglich in eine Wohnung vermittelt werden. Die Beiratssprecherin betont, dass vermutet werden kann, dass die ION in Horn-Lehe voraussichtlich an einem anderen Standort bestehen bleibt. Deshalb sollte sich der Beirat nunmehr dafür aussprechen, vorrangig Familien und Alleinstehende aufzunehmen.

Beschluss: Der Beirat Horn-Lehe fordert die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen auf, an ihrer bisherigen Aussage festzuhalten, dass bei weiteren Flüchtlingsunterbringungen in Horn-Lehe die Einrichtungen mit Familien oder alleinreisenden Erwachsenen belegt werden. Durch die ION Berckstraße leistet der Stadtteil bereits einen wichtigen Beitrag zur Unterbringung von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen. Durch die neue Einrichtung in Borgfeld für ebenfalls junge Menschen macht es Sinn, nun Familien und Erwachsene in Horn-Lehe unterzubringen.

(mehrheitlich, bei 3 Enthaltungen)

- Absprachen für den Fall einer beiratsfreien Zeit ab dem 08. Juni 2015

Herr Koppel fragt nach, welche Bestimmungen das Beirätegesetz in diesem Fall vorsieht. Die Ortsamtsleiterin sieht in diesem Fall eine rechtliche Lücke in der Gesetzgebung. Frau Dr. Eckhardt gibt zu bedenken, dass es rechtlich schwammig sei, wenn ein ehemaliges Beiratsmitglied, welches in die Bürgerschaft gewählt worden ist, auch bei Beiratsentscheidungen mitwirken kann. Herr Koppel teilt die rechtlichen Bedenken von Frau Dr. Eckhardt. Die Ortsamtsleitung betont, dass der Koordinierungsausschuss bis zum 7. Juni noch legitimiert sei, Entscheidungen bzw. Beschlüsse zu fassen.

Beschluss: Der Beirat Horn-Lehe beschließt gemäß § 10 Abs. 1 Nr. 3 BeirG nachfolgende Verfahrensweise für den Zeitraum nach Beendigung der Legislaturperiode ab dem 8. Juni 2015:

- Bis zum Auslaufen der Wahlperiode am 7. Juni 2015 werden Entscheidungen durch das Ortsamt vorbereitet und Beschlüsse durch den Koordinierungsausschuss gefasst.
- Ab dem 8. Juni 2015 erfolgt –sofern erforderlich- die informelle Organisation von Beteiligung über das Ortsamt und die Spitzenkandidat_innen aller Fraktionen.

(mehrheitlich, bei 2 Enthaltungen)

- Antrag der CDU-Fraktion

Der Fraktionssprecher der CDU stellt kurz den Antrag vor. Die CDU-Fraktion befürchtet, dass durch die Ausweisung der Achterstraße sowie Riensberger Straße zwischen dem Bahnübergang und der Leher Heerstraße als „Tempo-30-Bereich“, die Möglichkeit weiterhin besteht, dort öffentliche Verkehrsmittel (Straßenbahn) zu etablieren bzw. einzuführen. Eine „Tempo-30-Zone“ würde diese Einrichtung erschweren. Der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen empfindet die Mutmaßung „mit der

Einführung des Tempo-30-Bereichs- wird auch die Straßenbahn kommen“ als zu hoch gegriffen. Für das Etablieren einer Straßenbahn in diesem Bereich fehlen derzeit noch einige Fakten, wie z. B. eine Wirtschaftlichkeitsberechnung etc. Ihm geht es vielmehr darum, dass sich die abgeknickte Vorfahrt bewährt habe und hält rechts-vor-links in diesem Bereich für problematisch. Herr Koppel möchte gerne die Diskussion im zuständigen Fachausschuss weiterführen und stellt hierzu einen Geschäftsordnungsantrag.

Beschluss: Im Rahmen eines Geschäftsordnungsantrages wird beschlossen, den Antrag der CDU-Fraktion weiter im zuständigen Fachausschuss „Umweltschutz und Verkehr“ zu behandeln.

(abgelehnt bei 4 JA-Stimmen, 7 NEIN-Stimme und 3 Enthaltungen)

Ein Mitglied der Bürgerinitiative betont, dass die Riensberger Straße als Hauptachse für den täglichen Fahrradverkehr gilt. Dieses geschlossene Wohngebiet wird durch die Einführung künstlich getrennt. Er hofft, dass die übrigen Fraktionen den Antrag der CDU-Fraktion unterstützen werden.

Beschluss: Der Beirat Horn-Lehe beantragt gemäß § 10 Abs. 1 Nr. 3 BeirG, die Riensberger Straße einschließlich des nördlichen Teils zwischen Horner Heerstraße und Kleiner-Wümme-Brücke durchgängig als „Tempo-30-Zone“ auszuweisen. Darüber hinaus beantragt der Beirat, die Achterstraße zwischen Bahnübergang und Kleiner-Wümme-Brücke ebenfalls als Tempo-30-Zone auszuweisen.

(mehrheitlich, bei 7 JA-Stimmen, 2 NEIN-Stimmen und 5 Enthaltungen)

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Fraktionssprecher von Bündnis 90/Die Grünen stellt den Antrag vor. Er möchte nunmehr vom Beirat die Grundsatzentscheidung haben, ob der Roland-Kopf des Künstlers Gorsemann im Garten des Ortsamtes aufgestellt werden soll. Herr Koppel betont, dass Herr Gorsemann ein Künstler aus Horn-Lehe gewesen ist, der die Kopie des Original-Rolandkopfes gefertigt hat. Der Garten des Ortsamtes ist frei zugänglich, und somit ist die Kopie des Rolandkopfes für die Öffentlichkeit jederzeit sichtbar. Er kritisiert die Untätigkeit seitens des Ortsamtes. Diese Kritik weist die Vorsitzende von den Mitarbeitern des Ortsamtes zurück. Der Vertreter der FDP-Fraktion betont, dass die verursachten Kosten und die Zuwendung aus Globalmitteln lieber der Jugendbeteiligung zufließen sollten. Er betont, dass er Kunst im öffentlichen Raum durchaus befürwortet, es sich aber in diesem Fall lediglich um einen Rolandkopf handelt.

Die Beiratssprecherin regt an, diesen Antrag zurückzunehmen.

Beschluss: 1. Der Beirat unterstützt grundsätzlich die Aufstellung der vom Horn-Leher Künstler geschaffenen Kopie des Roland-Kopfes im Garten hinter dem Ortsamt.

2. Der Beirat geht davon aus, dass die Transportkosten und der Transport umgehend von dritter Seite übernommen bzw. veranlasst werden.

3. Der Beirat stellt für die Aufstellung des Roland-Kopfes an einer geeigneten Stelle im Garten des Ortsamtes Globalmittel in Höhe von bis zu 900,00 € zur Verfügung.

4. Der genaue Ort und die Art der Aufstellung sind im Einvernehmen zwischen dem Beirat, dem Ortsamt und dem Architekten vorzunehmen.

(mehrheitlich abgelehnt, bei 5 JA-Stimmen, 9 NEIN-Stimmen)

Zu TOP 6: Globalmittelanträge

Da die übrigen Globalmittelanträge erst kurzfristig im Ortsamt eingegangen sind und somit eine Beratung innerhalb der Fraktionen nicht möglich war, wird die Beschlussfassung auf den 23. April 2015 vertagt.

6.1. Antrag 02/2015 Freundeskreis Schulmuseum Bremen e. V. (Aufwendungen für die Präsentation „Alles rund um die Zinkwanne“) – 1.000,00€

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig beschlossen.

6.2. Antrag 07/2015 Schulverein der Schule Philipp-Reis-Straße (Anschaffung einer mobilen Musik- und Lautsprecheranlage) – 800,00€

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig beschlossen.

Zu TOP 7: Mitteilungen

- Nächste öffentliche Sitzung des Fachausschusses Soziales und Kultur am **17.03.2015** → Die Problematik Mensaeinrichtung an der Philipp-Reis-Straße soll zu einem späteren Zeitpunkt behandelt werden.
- Nächste öffentliche Sitzung des Fachausschusses Schulen und Sport am **23. April 2015** → Schulhofgestaltung an der Wilhelm-Focke-Oberschule etc.
- Nächste öffentliche Sitzung des Beirates Horn-Lehe am **23. April 2015** → Behandlung der Globalmittel

Zu TOP 8: Verschiedenes

Nachfragen aufgrund der Entfernung des Stolpersteines.

Inga Köstner
- Vorsitzende -

Catharina Hanke
- Beiratssprecherin -

Jessica Jagusch
- Protokollführerin -